

## Sechs Fragen an Christian Dreger

### Finanzmarktkrise: Wie bedroht ist die deutsche Wirtschaft?

**Herr Dr. Dreger, die Finanzmarktkrise in den USA sorgt weltweit für Erschütterungen. Besteht die Gefahr, dass die Krise auf die gesamte Wirtschaft Deutschlands durchschlägt?**

Die Gefahr besteht durchaus. Allerdings nur, wenn die Politik nicht eingreift. Aber die politischen Entscheidungsträger haben bereits Maßnahmen eingeleitet, um die Krise abzufedern.

**Eine dieser Maßnahmen ist das milliarden-schwere Finanzpaket für den angeschlagenen Münchener Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate. Halten Sie das für die richtige Maßnahme?**

Es kommt immer darauf an, im Einzelfall zu prüfen, ob eine Bank systemrelevant ist oder nicht. Durch die Vernetzung können Zusammenbrüche einzelner Banken auch Zusammenbrüche anderer Banken oder des Finanzsystems nach sich ziehen. Hier kam es darauf an, den Märkten zu signalisieren: Die Politik ist tatsächlich auch bereit einzugreifen, um die Krise abzuwenden.

**Bei den Rettungsprogrammen für bedrohte Banken sind riesige Summen im Spiel. Wäre das viele Geld nicht woanders besser investiert, beispielsweise in wirtschaftsfördernde Maßnahmen?**

Das sind im Moment natürlich keine tatsächlichen Zahlungen. Der Staat steht zunächst einmal Gewehr bei Fuß und kann notfalls einspringen, wenn diese Kredite platzen sollten. Es ist aber noch überhaupt nicht gesagt, inwieweit das tatsächlich der Fall sein wird.

**Die Finanzkrise hat Auswirkungen auf die Kreditvergabe der Banken. In welchem Maße wird das die Konjunktur beeinträchtigen?**

Wir haben noch keine starken Überschwappeffekte der Finanzmarktkrise in den USA. Dort hat die Konjunktur natürlich gelitten, insbesondere weil der Immobilienpreisboom ein Ende hat. Investitionen und Konsum in den USA dürften sich nicht gut entwickeln. In Europa, vor allem in Deutschland, spielt die Kreditverknappung

bisher keine große Rolle. Wenn der Staat hier einspringt, dann besteht zunächst nicht die Gefahr, dass es zu deutlichen Kreditverknappungen für die Realwirtschaft kommt. Ohnehin ist die deutsche Wirtschaft weniger kreditfinanziert als die der USA.

**Der Finanzminister reagiert bereits auf die Finanzmarktkrise durch Bürgschaften für Kredite. Sind weitere Maßnahmen nötig?**

Längerfristig muss man die Finanzaufsicht überdenken. Europa hat einen ordnungspolitischen Flickenteppich. Die Finanzmarktaufsicht ist national organisiert, die Banken hingegen zunehmend international. Das passt nicht zusammen und ist nicht effizient. Die Länder können unterschiedlich auf die gleiche Krise reagieren, und das stärkt nicht den europäischen Bankenplatz. Daher ist eine stärkere Harmonisierung der Finanzaufsicht in Europa erforderlich. Man muss allerdings auch aufpassen, dass der Wettbewerb und die zunehmende Marktintegration nicht behindert werden.

**Wie können die Notenbanken dazu beitragen, dass die Inflation nicht aus dem Ruder läuft?**

Wir haben eine Beruhigung beim Anstieg der Lebensmittelpreise und eher zurückgehende Energiepreise. Deshalb haben wir für das nächste Jahr niedrigere Inflationsraten als im Moment zu erwarten. Allerdings muss speziell die US-Notenbank dazu beitragen, das von ihr geschaffene Inflationspotential abzubauen. Durch das Finanzpaket hat der Staat in den USA jetzt für eine gewisse Beruhigung der Finanzmärkte gesorgt. Das gibt der Geldpolitik speziell in den USA wieder Raum, die Inflationsbekämpfung anzugehen. Im Euroraum sind die Verhältnisse anders. Hier hat die EZB nicht in dem Maße wie die USA für die Überschwemmung der Märkte mit Liquidität gesorgt. Für den Euroraum sind ganz im Gegenteil sogar Zinssenkungen denkbar, die im nächsten Jahr dann auch kommen sollten.



PD Dr. Christian Dreger  
Leiter der  
Konjunkturabteilung  
am DIW Berlin

„Europa hat einen  
» ordnungspolitischen «  
Flickenteppich.“

Das Gespräch führte  
Erich Wittenberg.

Das vollständige Interview zum Anhören  
finden Sie auf  
[www.diw.de](http://www.diw.de)

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Redaktion**

Kurt Geppert  
PD Dr. Elke Holst  
Carel Mohn  
Dr. Vanessa von Schlippenbach  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent./min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,–  
Einzelheft Euro 7,–  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.